
667/A(E) XXV. GP

Eingebracht am 24.09.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Haider, Podgorschek
und weiterer Abgeordneter
betreffend Wiedereröffnung der Polizeidienststelle Gaspoltshofen auf Grund der
neuen Bundesbetreuungsstelle in Gallspach

Im oberösterreichischen Kurort Gallspach im Bezirk Grieskirchen gibt es seit 2012 eine Asylwerber-Unterkunft, in der 37 unbegleitete afghanische Jugendliche betreut werden. Anfang August wurden in Gallspach in einem leerstehenden Hotel bis zu 81 weitere Asylwerber untergebracht. Das Ganze geschah in einer „Nacht und Nebel“-Aktion, da anscheinend der Bürgermeister auch nicht informiert war.

Laut Kurier vom 3. August 2014 hat das Innenministerium die Absicht, in Gallspach eine Bundesbetreuungsstelle für bis zu 100 Asylsuchende mit besonderen Bedürfnissen einzurichten. Untergebracht werden sollen etwa querschnittsgelähmte, kriegsversehrte oder ältere, bettlägerige Asylwerber.

Geplant sei nun, wie der Kurier berichtete, 100 Personen "vorübergehend" unterzubringen. Es handle sich dabei aber nicht um die ursprünglich vorgesehene "Zielgruppe". Und tatsächlich sind vorwiegend gesunde, junge Männer in der neuen Betreuungsstelle in Gallspach anzutreffen.

Die Einrichtung eines Flüchtlingsgroßquartiers in Gallspach bei Grieskirchen verwundert insofern, als die nächst gelegene Polizeidienststelle Gaspoltshofen - sechs Kilometer entfernt vom Kurort Gallspach - auf Grund von Sparmaßnahmen Anfang Juli 2014 geschlossen wurde. Darüber hinaus sind auch in Gaspoltshofen seit Anfang September 12 Asylwerber untergebracht. Wiederum ohne vorherige Information des Bürgermeisters.

Die Unterbringung einer derart großen Anzahl von Asylwerbern macht jedoch - so wie aus Gemeinden mit ähnlichen Einrichtungen bekannt - eine Polizeidienststelle vor Ort notwendig.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Inneres wird aufgefordert auf Grund der Einrichtung einer Bundesbetreuungsstelle für Asylwerber in Gallspach bei Grieskirchen die geschlossene Polizeidienststelle in Gaspoltshofen sofort wieder zu öffnen.“

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Ausschuss für innere Angelegenheiten ersucht.